

Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel



Europabericht 13/2004
vom 25.06.2004

EUROPABERICHT Nr.: 13/2004Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament**REGIERUNGSKONFERENZ EINIGT SICH AUF EU-VERFASSUNGSVERTRAG**

Mit der Einigung der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten am 18.06.2004 auf einen EU-Verfassungsvertrag wurde die im Oktober 2003 in Rom eröffnete Regierungskonferenz beendet. Die Verhandlungen der Regierungskonferenz erfolgten auf Grundlage des vom Konvent im Juli 2003 vorgelegten Entwurfs. Der EU-Verfassungsvertrag enthält vier Teile: Grundsätzliche Bestimmungen (Ziele, Zuständigkeiten, Organe der EU); EU-Grundrechtscharta; Politikbereiche der EU und ihre Umsetzung; Allgemeine und Schlussbestimmungen.

Nach Fertigstellung der verschiedenen Sprachfassungen soll die Unterzeichnung des Verfassungsvertrages bis Ende 2004 erfolgen, anschließend beginnen die Ratifizierungsprozesse in den 25 Mitgliedstaaten, deren erfolgreicher Abschluss Voraussetzung für das Inkrafttreten des Verfassungsvertrages ist.

http://www.europa.eu.int/futurum/index_de.htm

EUROPÄISCHER RAT AM 17./18.06.2004

Im Mittelpunkt des Europäischen Rates am 17. und 18. Juni 2004 in Brüssel befassten sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten mit der Nachfolge von Kommissionspräsident Prodi sowie insbesondere mit folgenden Themen: Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts; Bekämpfung des Terrorismus; Erweiterung; Wirtschafts- und Sozialfragen, Beschäftigung und Umwelt (Grundzüge der Wirtschaftspolitik und beschäftigungs-politische Leitlinien, Lissabonprozess); finanzielle Vorausschau; Außenbeziehungen/GASP /ESVP.

<http://www.europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=DOC/04/2&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=en>

EP; ELF BAYERISCHE MDEP IM NEUEN EUROPAPARLAMENT

In der neuen Legislaturperiode (2004 – 2009) werden aufgrund der Europawahl am 13.06.2004 elf bayerische Abgeordnete vertreten sein. Die CSU entsendet mit Albert Deß (Oberpfalz), Markus Ferber (Schwaben), Ingo Friedrich (Mittelfranken), Angelika Niebler (Oberbayern), Bernd Posselt (München), Alexander Radwan (Oberbayern), Manfred Weber (Niederbayern), Anja Weisgerber (Unterfranken), Joachim Wuermeling (Oberfranken) neun MdEP, die SPD mit Lissy Gröner (Mittelfranken) und Wolfgang Kreissl-Dörfler (Oberbayern) zwei MdEP.

Die CSU-MdEP haben sich unmittelbar nach der Europawahl als CSU-Gruppe im Europaparlament konstituiert und einstimmig Markus Ferber als ihren Vorsitzenden bestätigt. Angelika Niebler wurde erneut zur parlamentarischen Geschäftsführerin gewählt und Ingo Friedrich als Kandidat für das Amt eines EP-Vizepräsidenten nominiert.

http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/de/results1306/turnout_ep/index.html

Geschäftsbereich Staatsministerium des Inneren

EUROPÄISCHER RAT AM 17./18.06.2004: INNENPOLITIK, TERRORISMUS

Der Europäische Rat begrüßt die Fortschritte, die im „Tampere-Programm“ während der vergangenen 5 Jahre beim Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts erzielt wurden. Bis Jahresende soll ein Nachfolgeprogramm angenommen werden. Zum Thema Terrorismus begrüßt der Europäische Rat den Bericht des Rats über die Umsetzung der Erklärung zum Kampf gegen den Terrorismus vom 25.03.2004 und die seither erzielten Fortschritte, den überarbeiteten EU-Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung sowie den Bericht von Generalsekretär Solana über den Aufbau einer nachrichtendienstlichen Kapazität im Ratssekretariat.

RICHTLINIE ZU WOCHENEND- UND FEIERTAGSFAHRVERBOTEN FÜR LKW ERNEUT GESCHEITERT

Nachdem eine Einigung zuletzt am 05.12.2003 an einer Sperrminorität aus Deutschland, Frankreich, Österreich und Luxemburg gescheitert war, hatte Spanien angesichts der nach der EU-Erweiterung veränderten Stimmverhältnisse im Rat eine erneute Befassung beantragt. Diesmal stimmten auch das Vereinigte Königreich und die neuen Mitgliedstaaten Estland, Lettland, Malta, Slowakei, Ungarn und Tschechische Republik gegen die Richtlinie.

RAT PRÄZISIERT LEISTUNGSUMFANG DES KÜNFTIGEN SCHENGENER INFORMATIONSSYSTEMS (SIS II)

Der Rat hat am 14.06.2004 Schlussfolgerungen zu den SIS-II-Funktionen angenommen. Sie legen neue Details zur Leistungsfähigkeit des SIS II fest. Insbesondere geht es dabei um die Verknüpfung zwischen Ausschreibungen sowie die Eingabe von Lichtbildern und Fingerabdrücken, die Nutzung von Informationen aus Europäischen Haftbefehlen und den Abgleich mit Interpol-Daten über abhanden gekommene Pässe.

NEUE INITIATIVEN ZUR POLIZEILICHEN ZUSAMMENARBEIT AUF EU-EBENE

Schweden hat einen Rahmenbeschluss über die Vereinfachung des Informationsaustauschs zwischen Strafverfolgungsbehörden der EU-Staaten vorgeschlagen. Die Europäische Kommission hat eine Mitteilung betreffend den verbesserten Zugang zu Informationen für Strafverfolgungsbehörden angenommen.

ABKOMMEN MIT DEN USA ZUR WEITERGABE VON FLUGGASTDATEN: PARLAMENT KLAGT GEGEN RAT UND KOMMISSION

In einer Sondersitzung des Rechtsausschusses des noch amtierenden „alten“ Parlaments am 16.06.2004 wurde EP-Präsident Cox beauftragt, sowohl gegen die Zustimmung des Rats zum Abkommen zwischen der EU und den USA als auch gegen die Entscheidung der Kommission, mit der ein angemessener Datenschutz der USA festgestellt wurde, den EuGH anzurufen.

KOMMISSION WILL AUSSENGRENZSCHUTZ VERSTÄRKT FÖRDERN

Die Kommission hat vorgeschlagen, das Aktionsprogramm für Verwaltungszusammenarbeit in den Bereichen Außengrenzen, Visa, Asyl und Einwanderung (ARGO) zu verändern. Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Bereich Außengrenzen sollen erleichtert und in erweitertem Umfang finanziert werden. Der Vorschlag im Internet:

http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2004/com2004_0384de01.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz

EUROPÄISCHER RAT AM 17./18.06.2004: JUSTIZPOLITIK, TERRORISMUS

Der Europäische Rat begrüßte die bedeutenden Fortschritte beim Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, die im Rahmen des Berichts der Kommission über die Bilanz des Fünfjahresprogramms von Tampere aufgezeigt wurden. Auf Grundlage von Vorschlägen des Rates und der Kommission will der Europäische Rat noch vor Jahresende die Annahme eines neuen Programms prüfen.

Zum Thema Terrorismusbekämpfung siehe den Beitrag aus dem Geschäftsbereich des StMI.

CORPORATE GOVERNANCE: KOMMISSION GIBT ERGEBNISSE IHRER KONSULTATION ÜBER DIE DIREKTORENVERGÜTUNG BEKANNT

Die Europäische Kommission hat am 15.06.2004 einen zusammenfassenden Bericht der Ergebnisse ihrer Konsultation vom Februar 2004 über die Direktorenvergütung veröffentlicht. Auf dieser Grundlage will die Kommission im Herbst 2004 eine Empfehlung zur Förderung einer angemessenen Regelung für die Direktorenvergütung vorlegen.

MARKENSCHUTZ: EG TRITT DEM MADRIDER PROTOKOLL ÜBER DIE INTER-NATIONALE REGISTRIERUNG VON MARKEN BEI

Die Europäische Gemeinschaft hat am 21.06.2004 bei der Weltorganisation für Geistiges Eigentum (WIPO) in Genf ihre Beitrittsakte zum Madrider Protokoll über die internationale Registrierung von Marken hinterlegt. Mit dem Wirksamwerden des Beitritts am 1. Oktober 2004 wird eine Verbindung zwischen dem von der WIPO verwalteten System des Madrider Protokolls und dem System der Gemeinschaftsmarke, das vom Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (HABM) in Alicante verwaltet wird, hergestellt.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

EUROPÄISCHER RAT AM 17./18.06.2004: FINANZPOLITIK

Hier sind die Schlussfolgerungen zum Analysebericht zur finanziellen Vorausschau sowie zu der aktualisierten Fassung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik hervorzuheben.

BERICHT DER KOMMISSION ÜBER DIE ÖFFENTLICHEN FINANZEN IN DER WWU – VORSTELLUNGEN DER KOMMISSION ZUR ÄNDERUNG DES STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKTS

In ihrem am 24. Juni 2004 vorgelegten fünften Bericht über die öffentlichen Finanzen in der WWU führt die Kommission aus, dass gesunde Haushaltsdisziplin und Wirtschaftswachstum mit einander vereinbare Ziele sind. Außerdem legt sie ihre Vorstellungen dar, wie die Funktionsweise des Stabilitäts- und Wachstumspakts verbessert und die Economic Governance gestärkt werden können. Der Bericht kann abgerufen werden unter:

http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/public_finances2004_en.htm

UMSETZUNG DER ZINSRICHTLINIE AUF 1. JULI 2005 VERSCHOBEN

Die im Juni 2003 angenommene Richtlinie zur Besteuerung der Zinserträge von EU-Bürgern wird voraussichtlich erst ab 1. Juli 2005 und damit sechs Monate später als in der Richtlinie vorgesehen umgesetzt, denn die Schweiz wird ein entsprechendes Abkommen mit der EU frühestens zum 1. Juli 2005 in Kraft setzen können.

EUROPÄISCHER RAT AM 17./18.06.2004: ERWEITERUNG LISSABON – PROZESS, EUROPÄISCHE NACHBARSCHAFTSPOLITIK, STRATEGISCHE PARTNERSCHAFT

Im Hinblick auf die Erweiterung hat der Europäische Rat den vorläufigen Abschluss der Verhandlungen mit Bulgarien begrüßt. Die Verhandlungen mit Rumänien laufen planmäßig. Beitrittsziel bleibt weiterhin Anfang 2007. Kroatien erhält den Status eines Beitrittskandidaten. Die Beitrittsverhandlungen sollen Anfang 2005 eröffnet werden. Bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie sind einige Erfolge erzielt worden, aber weitere Anstrengungen sind notwendig. Im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wurde der Errichtung einer Europäischen Rüstungsagentur zugestimmt. Die Vorschläge zur europäischen Nachbarschaftspolitik wurden begrüßt und über die Beziehungen zu wichtigen strategischen Partnern berichtet.

RAT VERKEHR VOM 10./11.06.2004: ERGEBNISSE

1. Wegekostenrichtlinie: keine Einigung
2. GALILEO: Verordnung über Verwaltungsstrukturen angenommen; Kooperationsabkommen mit Israel und den USA vorbereitet

RAT ENERGIE VOM 10./11.06.2004: ERGEBNISSE

1. Verordnung über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen: Politische Einigung
2. Leitlinien für die transeuropäischen Netze im Energiebereich: Allgemeine Ausrichtung

REGIONALPOLITIK/ERWEITERUNG: STRUKTURFONDSPROGRAMME FÜR DIE ZEHN NEUEN MITGLIEDSTAATEN VON 2004 BIS 2006 UNTERZEICHNET

Die für die Strukturfonds verantwortlichen europäischen Kommissare haben am 23. Juni 2004 in Brüssel mit den Ständigen Vertretern der zehn neuen EU-Mitgliedstaaten die Programme für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder im Rahmen der Strukturfonds 2004 bis 2006 von insgesamt 24 Mrd. € unterzeichnet.

Die Einzelheiten zu allen zehn Länderprogrammen finden sich unter der folgenden Website:

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_en.htm

ENERGIE/KERNKRAFT: NEUES KERNKRAFTWERK IN FINNLAND

Auf der Basis des Euratom-Vertrags hat die Europäische Kommission am 11.06.2004 den Bau eines neuen Kernkraftwerks in Finnland befürwortet. Damit wird nach über einem Jahrzehnt wieder der Bau eines neuen Kernkraftwerk in der EU in Auftrag gegeben.

EU-INDIEN: VORSCHLAG FÜR NEUE STRATEGISCHE PARTNERSCHAFT

Die Europäische Kommission hat am 16.06.2004 eine Mitteilung zur Errichtung einer neuen strategischen Partnerschaft vorgelegt. Die Schwerpunkt liegen auf fünf Bereichen: internationale Zusammenarbeit, Stärkung der Wirtschaftspartnerschaften, Zusammenarbeit bei der Entwicklungspolitik, Förderung des intellektuellen und kulturellen Austauschs sowie Verbesserung der institutionellen Architektur der EU-Indien-Beziehungen.

Weitere Informationen unter:

http://europa.eu.int/comm/external_relations/india/intro/index.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

EUROPÄISCHER AKTIONSPLAN FÜR ÖKOLOGISCH ERZEUGTE LEBENSMITTEL UND DEN ÖKOLOGISCHEN LANDBAU

Am 21. Juni 2004 beriet der Agrarrat der EU unter anderem die KOM- Mitteilung zum Aktionsplan ökologischer Landbau. Die nächsten Schritte des Aktionsplans würden nun unter Niederländischer Präsidentschaft begleitet. Generell wurde der Aktionsplan von den Mitgliedstaaten unterstützt. Kommissar Dr. Fischler setzte sich für die Einführung eines EU- Logos für Ökoprodukte ein. Ein wesentlicher Punkt der Diskussion stellte die Abgrenzung von ökologisch erzeugten zu gentechnisch veränderten Produkten (GVO) dar.

WTO II UND IHRE FOLGEN AUF DEN EU-MILCHMARKT

Im Agrarrat informierte die Kommission (KOM) über den aktuellen Stand der WTO- und Mercosur Verhandlungen. Bei der WTO- Verhandlung sehe man positiv einen Rahmenabschluss im Sommer 2004 entgegen. Im Gegensatz zu der positiven Einschätzung der WTO- Verhandlung gerieten die Mercosur Verhandlungen derzeit ins Stocken.

Im Rahmen des Arbeitskreises Landwirtschaft wurde am 22. Juni 2004 in der Landesvertretung Niedersachsen mit Vertretern des deutschen Milchindustrieverbandes über die zukünftigen Auswirkungen der WTO II-Verhandlungen auf den Milchsektor diskutiert.

ERSTE ENTSCHEIDUNGEN ZU GVO IN DER EU-25

Vor kurzem stand im Regelungsausschuss die Entscheidung über die Zulassung des gentechnisch veränderten Rapses GT 73 von Monsanto gemäß Richtlinie 2001/18/EG an. Dies war die erste Abstimmung über ein GVO-Produkt nach Erweiterung der EU. Es kam eine einfache Mehrheit gegen das Produkt zu Stande. Die Entscheidung wird nun im Herbst 2004 im EU Umweltministerrat behandelt.

Am 28. Juni soll im EU-Umweltrat die Entscheidung über NK 603 Mais (Monsanto) gefällt werden.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

EUROPÄISCHER RAT AM 17./18.06.2004: ARBEITS-, SOZIAL- UND CHANCENGLEICHHEITSPOLITIK

Der Europäische Rat billigte in den Schlussfolgerungen neben den Grundzügen der Wirtschaftspolitik auch den Entwurf der beschäftigungspolitischen Leitlinien und Empfehlungen, über die bereits auf dem Sozialministerrat am 1./2. Juni 2004 Einigkeit erzielt wurde (Rz. 40). Begrüßt werden als die „zwei wichtigsten Neuerungen“ im wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Prozess in diesem Jahr a) die Eingliederung der zehn neuen Mitgliedstaaten in den bestehenden Politikrahmen und b) die Aufnahme der politischen Einschätzungen, die im Bericht der von *Wim Kok* geleiteten Task-Force „Beschäftigung“ enthalten sind, in die beschäftigungspolitischen Empfehlungen. Ausdrücklich wird in der Schlussfolgerung hervorgehoben, dass die Mitgliedstaaten für die vollständige und kohärente Umsetzung der Leitlinien und Empfehlungen sorgen sollten.

http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/81043.pdf

EU-BETRIEBSRÄTE-RICHTLINIE (REVISION): VERFAHRENSSTAND DER SOZIALPARTNERANHÖRUNG

Am 20. April 2004 hatte die Europäische Kommission eine erste Anhörungsrunde der Sozialpartner im Rahmen des branchenübergreifenden und sektoralen Dialogs auf Gemeinschaftsebene mit dem Ziel einer Überprüfung der Richtlinie über die Europäischen Betriebsräte (EBR) eingeleitet. In diesem ersten Stadium der Konsultationen im Rahmen des Sozialen Dialogs nach Art. 139 EGV soll innerhalb einer 6-Wochen-Frist überprüft werden, inwieweit sich Sozialpartner-Verhandlungen auf europäischer Ebene lohnen und zielführend in ein Ergebnis einmünden können. Mittlerweile haben sowohl die Europäische Arbeitgebervereinigung (UNICE) als auch die Arbeitnehmervereinigung EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund) gegenüber dem zuständigen Sozialkommissar *Stavros Dimas* mit Schreiben vom 1. Juni 2004 respektive vom 19. Mai 2004 Stellung bezogen. Eine Stellungnahme des Europäischen Zentralverbandes der öffentlichen Wirt-

schaft (CEEP) steht allerdings noch aus, so dass diese erste Phase der Konsultationen noch nicht offiziell abgeschlossen ist.

http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/2004/apr/ewc_de.html

http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/2004/apr/ewc_consultation_de.pdf

EUROSTAT: DEUTSCHLAND HAT (MIT) DEN GERINGSTEN ARBEITSKOSTEN-ANSTIEG

Die Arbeitskosten in der Euro-Zone sind im ersten Quartal 2004 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um nominal 2,3% gestiegen. Auf der Basis nicht-saisonbereinigter Daten erhöhten sich die Arbeitskosten pro Stunde in der Wirtschaft der EU-15 nominal um 3,3%; Deutschland hatte hier nach +1,5% nach Portugal (+ 0,5%) und Österreich (+ 0,2%) den geringsten Anstieg zu verzeichnen. Die größten Arbeitskostenzuwächse verbuchten Lettland mit +11,4%, die Slowakei mit +8,1% und Großbritannien mit +6,7%.

[http://europa.eu.int/comm/eurostat/Public/datashop/print-](http://europa.eu.int/comm/eurostat/Public/datashop/print-product/DE?catalogue=Eurostat&product=3-16062004-DE-BP-DE&mode=download)

[product/DE?catalogue=Eurostat&product=3-16062004-DE-BP-DE&mode=download](http://europa.eu.int/comm/eurostat/Public/datashop/print-product/DE?catalogue=Eurostat&product=3-16062004-DE-BP-DE&mode=download)

GEWALT GEGEN FRAUEN UND JUGENDLICHE: JAHRESARBEITSPLAN DAPHNE II FÜR 2004

Die Europäische Kommission hat den Jahresarbeitsplan 2004 für das Programm DAPHNE II (2004-2008) zur Verhütung und Bekämpfung jeglicher Form von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen und zum Schutz von Opfern und gefährdeten Gruppen angenommen. Der Plan knüpft an die Maßnahmen an, die in sieben Jahren (1997-2003) durchgeführt wurden; in diesem Zeitraum wurden 303 Projekte im Volumen von insgesamt 33 Mio. Euro zu diesem Zweck finanziert.

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/04/763&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

EUROPÄISCHER RAT AM 17./18.06.2004: FORSCHUNG

In den Schlussfolgerungen der Staats- und Regierungschefs findet sich als forschungspolitisch relevanter Punkt lediglich die Aufforderung an die Mitgliedstaaten zur weiteren Förderung der Mobilität der Forscher.

KOMMISSION NIMMT MITTEILUNG ÜBER DIE GESTALTUNG DES 7. FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMMS (AB 2007) AN

Forschungskommissar *Busquin* stellte am 16.06.2004 in Brüssel die Mitteilung der Kommission "Wissenschaft und Technologie: Schlüssel zur Zukunft Europas – Leitlinien für die Forschungsförderung der Europäischen Union" [KOM (2004) 353 endg.] vor, die erste Ideen der künftigen EU-Forschungspolitik widerspiegelt. Der Vorschlag beinhaltet u.a. die Erhöhung der EU-Forschungsmittel auf ungefähr 10 Milliarden € jährlich während der vierjährigen Laufzeit des 7. Forschungsrahmenprogramms (ab 2007).

EU BEREITET STRATEGIE ZUR SICHERUNG DES ITER-STANDORTES IN EUROPA VOR

Forschungskommissar *Busquin* appellierte an die Presse, durch eine entsprechende Berichterstattung die Entscheidung für den europäischen Bewerber Cadarache in Frankreich für den künftigen Standort des Internationalen Thermonuklearen Experimental-Reaktors (ITER) positiv zu beeinflussen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

UMWELT

VERORDNUNG ÜBER PERSISTENTE ORGANISCHE SCHADSTOFFE IN KRAFT

Auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags (COM(2003) 333 endgültig) ist zum 20. Mai die Verordnung über persistente organische Schadstoffe (POPs) in Kraft getreten. Sie ist ein wichtiger Schritt, einige der gefährlichsten Chemikalien wie Dioxin, Lindan oder DDT endgültig zu verbannen.

Die Verordnung zielt darauf ab, die EU-Gesetzgebung mit den Anforderungen des UNECE Protokolls und den Ergebnissen der Stockholmer Konvention in Einklang zu bringen. Sie geht jedoch über die internationalen Verpflichtungen hinaus, indem sie dem Ziel, die Produktion und die Verwendung international anerkannter POPs zu unterbinden, stärkeren Nachdruck verleiht.

Nähere Informationen unter:

http://www.europa.eu.int/comm/environment/pops/index_en.htm

KONFERENZ AALBORG+10 ZUR NACHHALTIGEN STADT-/REGIONALENTWICKLUNG

Vom 9. bis 11. Juni fand in Aalborg/Dänemark die 4. europäische Konferenz zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden statt. Etwa 1000 Entscheidungsträger aus mehr als 45 Ländern haben dort Konzepte der Zukunftsbeständigkeit und ihre Umsetzung in konkrete Maßnahmen auf regio-

naler und kommunaler Ebene diskutiert. Die Konferenz verabschiedete sog. „Aalborg-Commitments“, die von 110 Vertretern regionaler und kommunaler Gebietskörperschaften bereits während der Konferenz unterzeichnet wurden. Darin verpflichten sich die Unterzeichner zur Einhaltung von Grundsätzen zur Förderung zukunftsbeständiger Konsum-, Produktions- und Verwaltungsmuster.

Informationen zur Aalborg+10-Konferenz sowie die Aalborg-Commitments sind unter:

www.aalborgplus10.dk bzw. www.sustainable-cities.org abrufbar.

NEUE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EUROPÄISCHEN UMWELTAGENTUR

Anlässlich des Weltumwelttages veröffentlichte die Europäische Umweltagentur (EUA) am 5. Juni ihren Jahresbericht „Signale 2004“ zu den Umwelttrends innerhalb der 31 Staaten, die Mitglied der Europäischen Umweltagentur sind.

Der Bericht ist zugänglich unter : <http://reports.eea.eu.int/signals-2004/en>

Unter dem Titel "Mapping the impacts of recent natural disasters and technological accidents in Europe" veröffentlichte die EUA zum ersten Mal eine Studie über Naturkatastrophen und technologisch bedingte Unfälle im Zeitraum von 1998 – 2003 sowie deren Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft. Die Veröffentlichung ist abrufbar unter:

http://reports.eea.eu.int/environmental_issue_report_2004_35/en/accidents_032004.pdf.

In einem von EUA und UNEP verfassten Bericht über den Rückgang landwirtschaftlicher Gebiete mit hohem Natur- und Artenschutzwert wird geschätzt, dass 15 – 25 % der ländlichen landwirtschaftlichen Flächen in der EU Gebiete von hohem Naturschutzwert darstellen. Etwa ein Drittel dieser Flächen steht nicht unter Schutz; sie spielen jedoch eine entscheidende Rolle bei der Verwirklichung des EU-Ziels, den Artenverlust bis 2010 zu stoppen.

Der Bericht ist zugänglich unter:

http://reports.eea.eu.int/report_2004_1/en/EEA_UNEP_Agriculture_web.pdf

GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

EINFÜHRUNG DES EU-HEIMTIERPASSES VERSCHOBEN

Rechtzeitig vor den Sommerferien hat die Kommission die Einführung eines verpflichtenden EU-Heimtierpasses für Reisen mit Haustieren bis zum 1. Oktober 2004 ausgesetzt. Eine Übergangsregelung war erforderlich, da mehrere Mitgliedstaaten nicht in der Lage waren, die neuen Reiseregelungen bis zum 3. Juli 2004 umzusetzen. Damit gelten die bisher bestehenden einzelstaatlichen Bestimmungen vorerst weiter.

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/04/724&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KONSULTATION ZU TECHNISCHEN ANFORDERUNGEN AN BLUT UND BLUTBESTANDTEILE

Die Kommission hat eine offene Konsultation zum Entwurf einer Richtlinie über technische Anforderungen an die Verarbeitung von Blut und Blutbestandteilen eingeleitet. Die Konsultation bezieht sich auf die bisherigen Erfahrungen bezüglich Rückverfolgbarkeit, Meldung ernster Zwischenfälle und unerwünschter Reaktionen sowie Qualitätssicherungssysteme entsprechend den Vorgaben der Richtlinie 2002/98/EG zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards von menschlichem Blut und Blutbestandteilen. Konsultationsfrist ist der 15. Juli 2004.

http://europa.eu.int/comm/health/ph_threats/human_substance/oc_tech_blood/oc_draft_tech_req_en.pdf.

ARBEITSSCHUTZ: EU-VERKEHRSMINISTER EINIGEN SICH ÜBER SOZIALVORSCHRIFTEN FÜR TÄTIGKEITEN IM KRAFTVERKEHR

Auf dem Europäischen Rat für Transport, Telekommunikation und Energie am 10./11. Juni 2004 in Luxemburg haben sich die EU-Verkehrsminister auf einen Gemeinsamen Standpunkt zu einer Verordnung und einer Richtlinie über Sozialvorschriften im Kraftverkehr geeinigt. Danach werden die Lenk- und Ruhezeiten und die Kontrollvorgaben vor dem Hintergrund zahlreicher schwerer Verkehrsunfälle durch übermüdete Fahrer verschärft.

RAT LANDWIRTSCHAFT: DISKUSSION UM RINDFLEISCHETIKETTIERUNG

Im Rat Landwirtschaft am 21. Juni 2004 in Luxemburg wurde die Anwendung der Verordnung über die Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen diskutiert. Die Mitgliedstaaten begrüßten einhellig den umfassenden Bericht der Kommission über das System der Rindfleischetikettierung, lehnten jedoch bei der Diskussion der Einzelpunkte ab, dass auf Rindfleischverpackungen alternativ zum Mitgliedstaat lediglich die Ursprungsbezeichnung „EU“ angegeben werden kann. Auch hat sich der Rat mehrheitlich einer Lockerung der Regeln im Bereich Hackfleisch und einer Ausweitung der Etikettierung auf den Bereich Gastronomie widersetzt.

http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/agricult/81141.pdf

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

INFORMATIONSGESELLSCHAFT – ERGEBNISSE DES TELEKOMMUNIKATIONSRATS AM 10. JUNI 2004

Die Minister für Telekommunikation befassten sich mit den Budgets für die Programme eContent Plus (vgl. EB 4/04) und Safer Internet Plus (vgl. EB 6/04), die 2005 bis 2008 den laufenden Programmen eContent und Safer Internet nachfolgen sollen. Sie einigten sich für eContent Plus auf 135 Millionen € (politische Einigung; Kommission hatte 163 Millionen € gefordert, Deutschland

Begrenzung auf 130 Millionen €; im Herbst zweite Lesung im Europäischen Parlament), für Safer Internet Plus auf 45 Millionen € (erste allgemeine Leitlinie; Kommission hatte 50 Millionen € gefordert, Deutschland Begrenzung auf 32,2 Millionen €; Europäisches Parlament wird sich erstmals im Herbst mit dem Vorschlag befassen).

Nähere Informationen zu den Ergebnissen des Telekommunikationsrates finden Sie unter http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/trans/80931.pdf

INFORMATIONSGESELLSCHAFT/MEDIENPOLITIK – KOMMISSION VERKLAGT FRANKREICH WEGEN DISKRIMINIERUNG DER KABELNETZBETREIBER

Die Kommission hat beim Europäischen Gerichtshof gegen Frankreich ein Verfahren wegen Verstoßes gegen die „Kabelrichtlinie“ und die Richtlinie „Vollständiger Wettbewerb“ angestrengt. Sie wirft dem Mitgliedstaat vor, Unternehmen, die Telekommunikationsdienste über Kabelnetze anbieten wollen, mit Auflagen zu belasten, die öffentlichen Telekommunikationsanbietern in anderen Netzen nicht auferlegt werden und so die Entwicklung des Infrastrukturwettbewerbs zu behindern. Die Kommission bekräftigt ihren Kurs, auf strikte Umsetzung des neuen Rechtsrahmens elektronische Kommunikation in den Mitgliedstaaten, vor allem auf Stärkung des Infrastrukturwettbewerbs, zu achten.

Nähere Informationen finden Sie unter

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/04/743&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

INFORMATIONSGESELLSCHAFT – ÜBERARBEITUNG DER EMPFEHLUNG ÜBER TELEKOMMUNIKATIONSMÄRKTE, DIE FÜR VORABREGULIERUNG IN BETRACHT KOMMEN, WIRD AUF ENDE 2005 VERSCHOBEN

Die Empfehlung der Kommission 2003/311/EG vom 11. Februar 2003 nennt 18 Produkt- und Dienstleistungsmärkte im Telekommunikationssektor, die für Vorabregulierung durch die nationalen Regulierungsbehörden in Betracht kommen, da dauerhaft hohe strukturelle oder rechtliche Markteintrittsbarrieren bestehen. Die für 2004 angekündigte Überarbeitung der Empfehlung wird bis Ende 2005 verschoben.

Die Empfehlung finden Sie unter:

http://europa.eu.int/information_society/topics/ecom/doc/useful_information/library/recomm_guidelines/relevant_markets/i_114200308de00450049.pdf,

nähere Informationen zum Aufschub der Überarbeitung unter:

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/04/753&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

INFORMATIONSGESELLSCHAFT – NEUE AUSSCHREIBUNGEN IM RAHMEN DES SECHSTEN FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMMS

Die Kommission hat am 15. Juni eine Reihe von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Sechsten Forschungsrahmenprogramms veröffentlicht, darunter auch drei zum Themengebiet Technologien für die Informationsgesellschaft, Einsendeschluss für Bewerbungen ist für zwei der Aufforderungen der 22. September 2004, für die dritte der 14. Oktober 2004.

Die Aufforderungen finden Sie unter:

http://europa.eu.int/eur-lex/pri/de/oj/dat/2004/c_158/c_15820040615de00260030.pdf

und unter:

http://europa.eu.int/eur-lex/pri/de/oj/dat/2004/c_158/c_15820040615de00220025.pdf

Nähere Informationen geben die Nationalen Kontaktstellen:

<http://dbs.cordis.lu/fep->

[cgi/srchidadb?CALLER=FP6NCP&PASSVAR%3ATITLE=FP6+NCP&QM_EN_C C_D=GERMANY&QM_EN_FNC_D=IST+NCP&QZ_WEBSRCH=&USR_SORT=%7E%23NONE%23%7E](http://dbs.cordis.lu/cgi/srchidadb?CALLER=FP6NCP&PASSVAR%3ATITLE=FP6+NCP&QM_EN_C C_D=GERMANY&QM_EN_FNC_D=IST+NCP&QZ_WEBSRCH=&USR_SORT=%7E%23NONE%23%7E)